Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

301 (23.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 301 — Freitag, den 23. Dezember 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Rundfunk sprach am Donnerstag der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über „Die Landwirtschaft am Jahresende".

*

Zum ständigen Kommissar des Reiches beim Völkerbund wurde der Gesandte von Keller ernannt.

*

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung sprach sich über sein neues Programm und die Finanzierung aus.

*

In der französischen Kammer wurde die Regierungserklärung des neuen Kabinetts verlesen, die keinerlei Ueberraschungen bringt. Da Sozialisten und Radikale, die beiden größten Parteien, hinter der Erklärung stehen, ist die Annahme eines Vertrauensvotums sicher.

*

Auch in der belgischen Kammer wurde die Regierungserklärung abgegeben. Sie betont die internationale Sicherheit und die Verteidigung der belgischen Grenzen.

*

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, spricht heute abend über alle deutschen Sender.

*

Die Bemühungen des Völkerbundsrates, die militärische Auseinandersetzung Bolivien-Paraguay beizulegen, sind bisher erfolglos geblieben.

*

Der deutsche Luftfahrtverband und der Aeroclub von Deutschland haben sich ab 1. Februar 1933 zum „Aeroclub von Deutschland zusammengeschlossen.

*

Nachdem die Arbeiten zur Durchführung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Abschluß gekommen sind, wird der Reichskanzler heute dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Arbeiten des Kabinetts erstatten.

*

Im englischen Unterhaus richtet Lloyd George bei Beratung der Arbeitslosenfrage scharfe Angriffe gegen den abwesenden Ministerpräsidenten Macdonald.

Finanzlage und Finanzpolitik

Darlegungen des Reichsfinanzministers

Berlin, 22. Dez. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk beschäftigt sich in einem Artikel im „Heimatdienst" mit den öffentlichen Finanzen und den Möglichkeiten einer Entlastung der Wirtschaft. Trotz zahlreicher Steuererhöhungen sei das Aufkommen immer mehr zurückgegangen. Der Gesamtbetrag der öffentlichen Haushalte habe 1929 noch 20,8 Milliarden betragen, 1932 nur noch 14,8 Milliarden. Reich, Länder und Gemeinden seien bei Beginn der Krise ohne jegliche Reserven gewesen. Die einschneidende Drosselung der sächlichen Ausgaben habe der Wirtschaft Aufträge entzogen und eine weitere Vergrößerung der Arbeitslosigkeit bewirkt. Die Steuererhöhungen entkräfteten die Wirtschaft. Es sei ein verhängnisvoller Kreislauf gewesen, der niemals zu einer Gesundung hätte führen können. Beim ersten Anzeichen einer Wirtschaftsbelebung, so führte der Minister weiter dann aus, konnte und mußte das Steuer herumgeworfen werden. Wie die öffentlichen Haushalte durch den Niedergang der Wirtschaft zerrüttet sind, so können sie **nur durch eine Entlastung der Wirtschaft und die daraus folgende Belebung** endgültig gesund gemacht werden. Diese Entlastung ist sofortnötig, da der Zeitraum überbrückt werden muß, bis die neu belebte Wirtschaft größere Erträge abwirft und aus diesen Erträgen weniger drückende, aber doch ertragreichere Steuern liefern kann. Diesem Ziele dienen die Steuergutscheine, die eine vorweggenommene Steuersenkung sind. Daneben hat die Reichsregierung einen äußeren Anstoß für die wirtschaftliche Belebung durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Ausmaß von 750 000 Millionen gegeben. Um einen völligen Zusammenbruch weiter Kreise der Wirtschaft zu verhüten, war das Reich in den letzten Jahren gezwungen, in einer Reihe von Fällen unmittelbar einzugreifen. Für Stützungszwecke, insbesondere Bankenstützung wurden etwa für eine Milliarde Reichsschatzanweisungen ausgegeben. Bürgschaften wurden für einen Betrag von 2,1 Milliarden übernommen. Wenn, wie zu erwarten ist, eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht eintritt, ist das Verlustrisiko aus den Bürgschaften verhältnismäßig gering. Die Steuergutscheine belasten die Haushaltsjahre 1934 bis 1938 mit jährlich 300 bis 500 Millionen. Aus den Schatzanweisungen werden die Jahre 1933 bis 1938 mit 125 bis 200 Millionen jährlich belastet. Die Vorausbelastung der kommenden Jahre ist hiernach jedenfalls weniger als eine Milliarde RM. Der Minister erwartet, daß eine Belebung eintritt, die es ermöglicht, die Vorausbelastungen zu tragen, die jetzt hätten übernommen werden müssen, um überhaupt aus dem verhängnisvollen Kreislauf herauszukommen.

Rundfunkrede des Reichsministers für Ernährung

Im Rundfunk hielt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, einen Vortrag über das Thema: „Die Landwirtschaft an der Jahreswende". Er führte u. a. aus: Die **Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit** der Landwirtschaft konnte im Jahre 1932 **nicht erreicht werden.** Gerade in den typisch bäuerlichen Gebieten des Westens, Südwestens und Nordens, deren Schicksal auf das engste mit dem Gedeihen der Vieh- und Milchwirtschaft verbunden ist, hat sich die Lage ausgesprochen verschlechtert. Die Verkaufserlöse der Vieh- und Milchwirtschaft waren im letzten Jahre um mehr als 2 Milliarden RM. niedriger als im Wirtschaftsjahre 1928/29. Die Not unserer Bauern trifft auch schwer die Siedlung, auf die unser Volk für die Zukunft große Hoffnungen setzt. Denn die Erzeugnisse der Viehwirtschaft sind die typischen Produkte der Arbeit des Siedlers. Wenn Schweine und Rinder, wenn Schmalz und Butter nichts bringen, dann kann auch der Siedler trotz härtester Arbeit nicht vorwärts kommen, ja er kann auch, wie sich gezeigt hat, seine Zinsen und seine Tilgungsraten nicht abzahlen.

Die **Getreideernte** reichte erstmalig seit Jahrzehnten zu einer überreichlichen Deckung des einheimischen Bedarfs aus. Dadurch entstand für die Getreidepolitik eine recht schwierige Lage. Trotzdem gelang es, von der großen Ernte bereits etwa die Hälfte wenigstens zu Vorkriegspreisen unterzubringen. Die Gewährung einer Ausfallbürgschaft für die Düngemittellieferung im Herbst ermöglichte die Durchführung einer geordneten Herbstbestellung.

Am **Kartoffelmarkt** wurden durch Aufkauf von 110 000 Tonnen Kartoffeltrocken, durch Erhöhung des Spiritusbeimischungszwanges und durch Ausbau des Stärkemehlbeimischungszwanges ausgedehnte Aufnahmemöglichkeiten für auftretende Ueberschüsse geschaffen. Dem Ansturm der Rekordernte an Kartoffeln konnte damit wenigstens einigermaßen begegnet werden.

Der Minister behandelte dann das landwirtschaftliche Kreditgebiet. Das Vorgehen gegen die Zinsspannen im landwirtschaftlichen Kreditapparat, Hand in Hand mit der Senkung des Reichsbankdiskonts und mit der Senkung der Zinsen für den Hypothekarkredit brachte insgesamt für die deutsche Landwirtschaft eine Senkung der Zinslast auf Wieder-Vorkriegsstand. Während im Wirtschaftsjahre 1931/32 die Landwirtschaft noch rund eine Milliarde RM. an Zinsen aufbringen mußte, wird die gesamte Zinslast im Wirtschaftsjahr 1932/33 wahrscheinlich nur etwa 640 Millionen RM. betragen.

Nach jahrzehntelangem heißen Ringen hat die deutsche Landwirtschaft es zuwege gebracht, den Eigenbedarf an Brotgetreide zu decken — ein Gedanke, den man früher als völlig utopisch bezeichnet hätte. Auch in der Fleischerzeugung hat man Steigerungen erzielt, die früher nicht für möglich gehalten wurden. Man bemüht sich nun auf Grund dieser Tatsachen, die Agrarzölle für ganz überflüssig zu halten mit der Begründung, daß sie gegen eine Uebererzeugung im Inlande nicht nutzen könnten. Dies ist nur sehr bedingt richtig; denn auch bei Uebererzeugung können Schleuderpreise des Weltmarktes weiteren Preisrückgang bei uns erzeugen. Bei einem erheblichen Teil unserer Produktion sind wir aber vor allem in gar keiner Weise **an der Grenze der Bedarfsdeckung durch Eigenproduktion angelangt.** Z. B. werden in der **Feltversorgung** Deutschlands, deren Wert unter Zugrundelegung des Kleinhandelspreises auf etwa 2,25 Milliarden RM. geschätzt wird erst etwa 40 Prozent im Inlande produziert. Einige wenige Zentner Auslandsangebote, die über unseren Bedarf hinausgehen, sind imstande, den ganzen Preiskegel für die inländische Produktion zu werfen.

Die **Handelspolitik** ist eines der allerwichtigsten und vielfach weit unterschätzten Mittel für den Wiederaufstieg der Landwirtschaft. Wir werden — wie ich hoffe — durch die in letzter Zeit erfolgte **Kündigung mehrerer Handelsverträge** mit anderen Ländern die **Lösung unerträglicher Zollbindungen** der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse erreichen und durch **autonome Zollgestaltung** und andere geeignete handelspolitische Maßnahmen den Preisdruck der vom Weltmarkt nach Deutschland zu niedrigsten Preisen hereinströmenden landwirtschaftlichen Produkte auffangen.

Wir wollen weiter dafür eintreten, daß der Deutsche nach Möglichkeit inländische Produkte verbraucht und sie den ausländischen vorzieht. Zweifellos kann auf dem Gebiete der binnenwirtschaftlichen Organisation noch manches erreicht werden.

Der Minister behandelte dann die Frage der Kartellierung, der Planwirtschaft, der Unkostensenkung und der Kaufkraft. Als Endergebnis seiner Betrachtungen stellte er fest, **daß es kein irgendwie zeartetes, allein gültiges Rezept für die gegenwärtig zu treibende Agrarpolitik gibt.** Eine organische Agrarpolitik ohne Schlagworte ist der Weg, der gegangen werden muß. Es gilt nicht, wirtschaftliche Theorien durchzusetzen und zu verwirklichen, sondern es gilt, „das wirtschaftlich Vernünftige zu tun". Es sollten alle, die deutsches Korn bauen und deutsches Brot brechen, einander nicht als Gegner, sondern als Weggenossen betrachten, die zusammengehalten werden durch gemeinsames Blut und durch deutschen Boden.

Reichskommissar Dr. Gereke über die Arbeitsbeschaffung

Berlin, 22. Dez. Vor Vertretern der Presse äußerte sich der Reichskommissar Dr. Gereke über die bisherigen Arbeiten des Reichskommissariats. Er unterstrich, daß nicht eine große Behörde aufgezogen werden solle, sondern daß es vielmehr darauf ankomme, allen einzelnen Arbeitsmöglichkeiten nachzuspüren und **ein zusätzliches Programm für öffentliche Arbeitsbeschaffung mit aller Beschleunigung durchzuführen.** Dieses Programm soll eine Ergänzung der von der Reichsregierung schon in Angriff genommenen Maßnahmen sein. Genaue Zahlen über die Mittel, die für diese Aufgaben zur Verfügung stehen, lassen sich im Augenblick noch nicht nennen. Nach den bisherigen Verhandlungen mit der Reichsbank ist aber sicher, daß dem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm die Kreditausweitung zur Verfügung stehen wird, die Reichsbankpräsident Dr. Luther in seiner Münchener Rede auf 2,7 Milliarden RM beziffert hat. Es sei wohl für das Sofort-Programm mit den 500 Millionen zu rechnen, von denen in der Oeffentlichkeit die Rede war. In der Durchführung der Ausgaben des Kommissariats soll vor allem der Grundsatz der Dezentralisation maßgebend sein. Es kommt im wesentlichen darauf an, Kredite unter besonders günstigen Bedingungen bereitzustellen und sie den Trägern der öffentlichen Arbeit zu geben. Das sind also die Gemeinden, Gemeindeverbände, Genossenschaften usw. Sie müssen Anträge stellen, die von dem Kreditausschuß bearbeitet werden.

Für die Auszahlung der Beträge kommt in erster Linie die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbankkreditanstalt in Frage. Der Reichskommissar hofft, daß schon im Januar Kredite gegeben werden können und daß also auch im gleichen Monat schon die Aufträge herauskommen können. Bei diesen Aufträgen werden solche Gebiete bevorzugt, auf denen schnell gearbeitet werden kann. Deshalb gehören dazu die Hausreparaturen. Die 50 Millionen, die das Reich hierfür bereits zur Verfügung gestellt hatte, sind bereits voll in Anspruch genommen worden. Deshalb wird in den nächsten Tagen zunächst der gleiche Betrag noch einmal zur Verfügung gestellt werden. Der Wert dieser Aktion liegt vor allem darin, daß sie das Fünffache der Arbeit schafft, die für 50 Millionen möglich ist, da ja die Hausbesitzer selbst vier Fünftel der gesamten Aufwendungen zu tragen haben. Dr. Gereke rechnet damit, daß die Bemühungen gerade auf diesem Gebiete auch während der Frostperiode gewisse Arbeitsmöglichkeiten schafft. Weiter werden in erster Linie solche Arbeiten gefördert werden, die aus Mangel an Mitteln im laufenden Etat zurückgestellt werden müssen. Dazu gehören vor allem Straßen- und Brückenbauten. Hier gibt es nach Ansicht des Reichskommissars eine ganze Menge notwendiger Arbeiten und zwar wird dabei mehr aufzuwenden sein als für die Hausreparaturen. Dem Reichskommissar kommt es darauf an, Fehlinvestitionen zu vermeiden. Deshalb sollen in den nächsten Tagen Richtlinien herauskommen. Sie werden im Einvernehmen mit dem Reichsfinanz-, dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsminister ausgearbeitet. Schließlich betonte Dr. Gereke noch, daß in der Oeffentlichkeit unter keinen Umständen der Eindruck entstehen dürfe, als wenn die Durchführung des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammes sich irgendwie gegen die private Wirtschaft richtet. Im Gegenteil komme sie ihr ja gerade zugute. Denn die Aufträge würden doch an die private Unternehmerschaft gegeben.

Dr. Gereke teilte mit, daß zur Regelung der Siedlungsfrage ein besonderer Ausschuß im Reichskabinett gebildet worden sei, der unter Vorsitz des Reichskanzlers stehe und dessen stellvertretender Vorsitzender erst er, der Reichskommissar selbst sei. Dieser Ausschuß sei damit beschäftigt, neue Richtlinien für eine verstärkte Siedlung auszuarbeiten.

*

500 Millionen RM. für Arbeitsbeschaffung

Berlin, 22. Dez. Zu den Kabinettsberatungen über die endgültige Festlegung des **Arbeitsbeschaffungsprogramms** verlautet, daß zu der einen Milliarde die bislang für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stand, **weitere 500 Millionen hinzukommen sollen.** Blättermeldungen zufolge sollen diese 500 Millionen einem Sofortprogramm dienen, über das Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk, Wirtschaftsminister Warmbold, Reichskommissar Gereke und Reichsbankpräsident Luther in eingehenden Besprechungen völliges Einvernehmen erzielt hätten.

*

Wie setzen sich die 2,7 Milliarden zusammen?

T.U. **Berlin**, 22. Dez. Der Rahmen, in dem sich das Programm des Reichskommissars bewegt, ist, wie die nationalliberale Korrespondenz bemerkt, in der Münchener Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther vom 4. Dezember aufgestellt worden. Die Münchener Rede sprach von dem Regierungs-

programm zur Belebung der Wirtschaft, das unter dem Reichskanzler von Papen aufgestellt wurde und 2,7 Milliarden umfaßte. Davon beliefen sich 1500 Millionen auf die Steuergutscheine, die zu einem Kreditinstrument von hoher Ausnutzbarkeit gemacht werden sollen. Weitere 700 Millionen bleiben für die öffentliche Arbeitsbeschaffung bereitgestellt, die zur Hälfte auf Reichsbahn und Post entfallen, die andere Hälfte ist für Wasserbauten, Straßenbauten, Siedlungen usw. vorgesehen. Der dritte Teil des Programms erstreckte sich auf die 700 Millionen Mark Einstellungsprämie innerhalb der privaten Wirtschaft. Auch dieser Betrag oder ein Teil von ihm sollte für die öffentliche Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Wenn man von den 1500 Millionen der Steuergutscheine die 200 Millionen für die Beförderungssteuer der Eisenbahnen abzieht, ergibt sich so die Gesamtsumme von 2,7 Milliarden Mark. Davon denkt der Reichskommissar diejenigen Summen zu mobilisieren, die zu einem Sofortprogramm von 500 Millionen Mark notwendig sind.

*

Um die neue Arbeitsbeschaffung. — Ueber Finanzierungsfragen wird noch verhandelt.

T.U. **Berlin**, 22. Dez. Ueber die Frage der Finanzierung der weiteren Arbeitsbeschaffungspläne sind in der Oeffentlichkeit insofern Unklarheiten entstanden, als zwar feststeht, daß ein Sofortprogramm in Höhe von 500 Millionen in Angriff genommen werden soll, jedoch die von dem Reichskommissar Gereke als für die Arbeitsbeschaffung genannte Summe von 2,7 Milliarden sich bereits aus den verschiedenen Programmen der Regierung von Papen errechnet. Hierzu kann gesagt werden, daß die Art der Finanzierung des Sofortprogramms wie auch weitere Finanzierungpläne durchaus noch nicht feststehen. Vielmehr wird gerade hierüber noch zwischen den Ressorts und mit dem Reichsbankpräsidenten Luther verhandelt. Möglich ist, daß der Betrag von 700 Millionen Prämien für Neueinstellungen, von denen bisher von der Privatwirtschaft nur ein geringer Teil von 50 Millionen in Anspruch genommen worden ist, zu weiteren Teilen auch der öffentlichen Hand in irgendeiner Form für Aufträge an die Privatindustrie wenigstens vorläufig zur Verfügung stehen wird. Eine Entscheidung über diese wie auch über andere Möglichkeiten der Finanzierung ist jedoch bisher noch keineswegs gefallen.

Das Gesetz über Straffreiheit

Berlin, 22 Dez. Das Reichsgesetzblatt vom 21. Dezember enthält das Gesetz über Straffreiheit. Das Gesetz gliedert sich in drei Abschnitte. Der erste behandelt die Straffreiheit bei politischen Straftaten, der zweite die Straffreiheit bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not und der dritte gibt die allgemeinen Vorschriften.

Im **ersten Abschnitt** wird bestimmt, daß politische Straftaten, die beim Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht erfüllt sind, erlassen werden, wenn sie in Geld- oder Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bestehen. Freiheitsstrafen von längerer Dauer werden zunächst um fünf Jahre gemildert, die Reststrafen werden auf die Hälfte herabgesetzt. Dabei tritt an Stelle von Zuchthaus Gefängnis. Anhängige Verfahren werden eingestellt, wenn keine schwerere als eine der amnestierten Strafen zu erwarten ist. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet.

Der **zweite Abschnitt** setzt fest, daß Straftaten aus wirtschaftlicher Not straffrei bleiben sollen, wenn der Täter nicht oder nur gering vorbestraft ist. Geldstrafen und Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten werden erlassen. Anhängige Verfahren, die höchstens mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten zu ahnden wären, werden eingestellt, neue Verfahren nicht eingeleitet.

Aus den gemeinsamen Vorschriften geht hervor, daß von den Vergünstigungen des Gesetzes ausgeschlossen sind: Verbrechen gegen das Leben, politischer Terror, wenn dadurch ein Mensch getötet oder verletzt wurde, gemeingefährliche Verbrechen mit Todesfolge, Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse aus Eigennutz, Verbrechen wider das Sprengstoffgesetz, schwerer Raub und Hochverrat. Enthält eine Gesamtstrafe auch Strafen für Vergehen, die unter die Amnestie fallen, so werden diese Strafen den Vorschriften des Gesetzes entsprechend von der Gesamtstrafe ganz abgezogen oder gemildert. Ueber die Einstellung anhängiger Verfahren entscheidet auf Antrag der Beteiligten das Gericht.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Butterbeimischung zur Margarine

nach dem Entwurf des Ernährungsministeriums

Berlin, 22. Dez. Wünsche des Ernährungsministers bezüglich einer Regelung des Fettmarktes erstrecken sich einerseits auf eine beträchtliche Erhöhung der Zölle nach Freiwerden der entsprechenden Zollbindungen, andererseits auf Einführung eines **Beimischungszwanges für Rohstoffe der Margarineindustrie.** Für Premier Jus besteht bekanntlich bereits ein Abkommen zwischen den Feintalgschmelzen und der Margarineindustrie. Ueber die Pläne auf dem **Buttermarkt** verlautet jetzt, der Entwurf des Ernährungsministeriums gehe dahin, **daß die Margarinefabriken gezwungen werden sollen, ihrer Produktion jährlich 15 000 Tonnen deutsche Butter beizumischen,** doch könnte statt dessen auch inländisches Schmalz oder anderes tierisches Fett verwendet werden. Die Zahl von 15 000 Tonnen erkläre sich daraus, daß das Reichsernährungsministerium ursprünglich die Auffassung vertreten habe, daß dem Ausland nur ein Gesamtkontingent von 40 000 Tonnen Butter zugestanden werden dürfe, während bei den Verhandlungen eine Einfuhr von 55 000 Tonnen gewährt worden ist. Die überschießenden 15 000 Tonnen möchte man also jetzt durch den Beimischungszwang zur Margarine aus dem Markt herausnehmen. Wie weiter verlautet, hat das Reichsernährungsministerium mit Vertretern der Margarinefabriken bereits über eine freiwillige Butterverarbeitung in entsprechender Höhe Fühlung genommen, so daß also evtl. ein Beimischungszwang nicht ausgesprochen werden würde, sondern es bei einer Ermächtigung hierzu bleiben würde. Eine Preiserhöhung für Margarine hält man deshalb nicht für erforderlich, weil die Margarinepreise wesentlich weniger zurückgegangen seien als die meisten Rohstoffe der Margarineindustrie.

Regierungserklärung in Paris

Das neue Kabinett erhält ein Vertrauensvotum

Paris, 22. Dez. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Paul Boncour und Justizminister Gardey im Senat verlesen haben, geht von der Feststellung aus, daß weder dem Prestige der vorausgegangenen Regierung, noch ihrer Politik irgend ein Abbruch getan worden sei und daß das Kabinett sein Augenmerk auf die Kontinuität richte, was auch in ihrer Zusammensetzung zum Ausdruck komme. Die Regierung müsse vorerst für Sanierung der Finanzen, Eindämmung des Defizits und Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts sorgen, also straffe Sparmaßnahmen im Einvernehmen mit den zuständigen Kommissionen und interessierten Kreisen, Beamtenschaft und ehemaligen Frontkämpfern treffen. Sie werde im Januar unter Stellung der Vertrauensfrage eine erste Reihe der notwendigen Spar- und Reformmaßnahmen zur Anwendung bringen.

Die zweite Aufgabe der Regierung sei die allgemeine Regelung der Kriegsschuldenfrage. Die gegenwärtig äußerst verwickelte innerpolitische Lage in den Vereinigten Staaten gebiete, diese Verhandlungen äußerst vorsichtig zu führen. Dankbar müsse man anerkennen, daß man sich auch in Washington ernsthaft bemüht habe, die Schwierigkeiten beizulegen. Die französische Regierung werde die Verhandlungen in der festen Absicht führen, eine Gesamtlösung vorzubereiten, die dem Wirrwarr ein Ende machte, der den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau infolge der Last der zwischen den Regierungen schwebenden Schulden behindere. Die Krise sei nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch psychologischer Art, geboren aus der internationalen Beunruhigung und den Mißverständnissen und Rivalität unter den Völkern.

Die vorangegangene Regierung habe sich erfolgreich bemüht, die **Abrüstungskonferenz** aus der Unsicherheit und Langsamkeit, in der sie zu versacken drohte, zu befreien. Die Regierung werde dieses Werk fortsetzen. Es sei ein konstruktiver Plan eingebracht worden, der in präzisen Formeln die notwendige Verbindung zwischen der **Abrüstung und der Sicherheit** hergestellt habe und der sich nicht einer dieser Formeln bediene, um die andere auszuschalten oder aufzuschieben. Die Regierung werde den Plan verteidigen. Ein wichtiges Ergebnis sei erreicht. Auf die Abrüstungskonferenz sei ein großes Land zurückgekehrt, dessen Anwesenheit notwendig sei, um der abzuschließenden Konvention und den Garantie- und Kontrollmaßnahmen, die deren Folge sein müßten, ihre volle Wirksamkeit zu verleihen. Die Regierung werde darauf achten, daß man aus der **loyalen Anerkennung einer Gleichberechtigung** in der Gleichheit der Pflichten und in einer positiven Organisation der internationalen oder wenigstens europäischen Sicherheit nicht Konsequenzen ziehe, die auf eine mit dem Zweck der Konferenz sowie mit den Friedensverträgen unvereinbare Aufrüstung abzielen würde.

Die Regierungserklärung verspricht eine bessere Organisation und einen wirksamen Schutz für die nationale Landwirtschaft und schärfste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

150 Stimmen Mehrheit für Paul Boncour.

T.U. **Paris**, 22. Dez. Die französische Kammer hat der Regierung Paul Boncour mit 365 Stimmen gegen 215 Stimmen bei einigen Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen. Die Mehrheit beträgt somit 150 Stimmen.

*

Berliner Echo der französischen Regierungserklärung.

T.U. **Berlin**, 23. Dez. Zu der Regierungserklärung Paul Boncours, die am Donnerstag nachmittag im französischen Parlament verlesen wurde, nehmen vorläufig nur wenige Blätter Stellung. Der „Lokalanzeiger" schreibt in seiner: „Erwünschte Klarheit" überschriebenen Stellungnahme u. a.: Die von Paul Boncour gegebene Auslegung der Genfer Fünfmächteformel bedeute nichts anderes als den Entschluß, die „Abrüstungs"-Konferenz im bewährten Sinne ihrer Chefregisseure Paul Boncour, Benesch und Politis rein formell weiterlaufen zu lassen und bedeute darüber hinaus in ihren Worten eindeutig den Versuch, einer erneuten Sicherung der grundsätzlichen Bestimmungen des Diktates von Versailles. — Die „D.A.Z." sagt, Deutschland müsse der Regierungserklärung Paul Boncours die Tatsache entnehmen, daß die „Fortsetzung der Politik Herriots" auch in dem Sinne zu verstehen ist, daß von seinem Nachfolger ein wirklich konstruktiver Beitrag auf dem Gebiete der Abrüstung und Gleichberechtigung nicht erwartet werden kann. — Die „Voss. Ztg." hebt unter Hinweis auf die Stellungnahme Paul Boncours zur Abrüstungskonferenz hervor, daß kein Funke einer schöpferischen Idee sichtbar werde, keine neue Brücke zur Verständigung geschlagen werde. Es bleibe bei der selbstgefälligen Feststellung, daß Frankreich einen konstruktiven Plan in Genf vorgelegt habe, den auch die neue Regierung verteidigen wolle. Die französische Sicherheitsthese habe er in einer Form proklamiert, die sich von den früheren Erklärungen Tardieus nur wenig unterscheide. — Der „Börsenkurier" betont, die höflichen Worte Paul Poncours über Abrüstung und Gleichberechtigung seien von einer Deutbarkeit, die sie wie weiße Stacheln wirken lassen. Sie bedürften einer sehr genauen Prüfung auf den letzten Sinn, in dem der Anwalt des konstruktiven Planes sie verstanden wissen wolle.

Die Weltarbeitslosigkeit

Die Weltarbeitslosigkeit. — 84 Milliarden Mark Ausgaben für die Unterstützung von 24 Millionen Arbeitslosen.

T.U. **Genf**, 22. Dez. In einem Bericht des internationalen Arbeitsamtes über die Arbeitslosigkeit in der Welt wird u. a. festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit ausnahmslos in allen Ländern stark gestiegen sei und bereits ein Viertel, in einigen Ländern sogar ein Drittel der gesamten Arbeiterschaft umfasse. Die Not dieses Winters werde alles übersteigen, was in diesem Jahrhundert schon erlebt worden sei. Die im Laufe der letzten zwei drei Jahre für die Arbeitslosen zu zahlenden Unterstützungsgelder hätten sich in den meisten Staaten verdreifacht und vervierfacht. Der Bericht macht dann ausführliche Angaben über die Belastung der Haushalte der einzelnen Staaten durch die Arbeitslosenunterstützungen. Die Unmöglichkeit für einen großen Teil der Arbeiterschaft, die notwendigsten Anschaffungen zu machen, wirke lähmend auf Industrie und Landwirtschaft. In dem Bericht wird schließlich auf Grund von Untersuchungen in 24 Ländern festgestellt, daß die Unterhaltung von 24 Millionen Arbeitslosen bis rund 84 Milliarden Mark gekostet habe. Die außerordentlich kritische Lage führe zwangsläufig zur Erörterung der Frage einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 23. Dezember.

Bad. Landestheater: „Die Regimentstochter", 20—22 Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Kismet", 7 und 9 Uhr.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[49

Gewaltig flammte die Liebe zu Edith Bernheim in Weltner auf, aber er riß sich gewaltsam zusammen. Er durfte nichts sein als der Anwalt, der eine geschäftliche Angelegenheit mit einer Klientin zu besprechen hatte.

In dem Bestreben, sich nichts von seiner tiefen Erregung merken zu lassen, bekam seine Stimme einen Klang kalter Höflichkeit. Diese kalte Höflichkeit wehte über Edith Bernheim wie ein eisiger Schauer. Der letzte Blutstropfen wich aus ihrem Gesicht. Die flehend zu Weltner aufgeschlagenen Augen senkten sich in peinvoller Scham. Es war sinnlos, was sie getan hatte. Nie würde er sie anhören.

„Ich bitte Platz zu nehmen, gnädige Frau", sagte Weltner endlich und deutete mit einer knappen Bewegung auf den Stuhl seinem Schreibtische gegenüber. Edith setzte sich zaghaft nieder. Unwillkürlich mußte Weltner daran denken, wie sie das erstemal in seinem Büro vor ihm gesessen hatte. Auch damals hatte sie so zusammengekrampft, so angstvoll auf der Kante des Sessels Platz genommen wie jetzt. Aber er durfte sich nicht mehr rühren und nicht mehr betören lassen. Diese Hilflosigkeit war nur eine Maske, hinter die er zu seinem Glück noch beizeiten gesehen hatte.

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Ein langes Schweigen war im Zimmer. Die Gedanken beider Menschen kreisten in leidvoller Trauer umeinander, ohne daß einer von beiden das erlösende Wort fand, das diese ganze Wirrnis hätte bannen können.

Endlich brach Weltner das Schweigen:

„Wir haben Sie im Büro erwartet, gnädige Frau. Sie kommen wegen der geschäftlichen Angelegenheit?"

„Ja!" flüsterte Edith Bernheim, und dann entnahm sie plötzlich ihrer Tasche ein Kuvert, das sie hastig öffnete. Mit Erstaunen sah Weltner, wie sie eine Reihe Scheine vor ihm auf die Schreibtischplatte legte.

„Was soll das bedeuten?" war seine befremdete Frage. Da ging eine Glutwelle über Edith Bernheims blasses Gesicht.

„Das soll bedeuten, Herr Rechtsanwalt, daß ich mir kein Almosen schenken lasse. Ich nehme das Gehalt, das Sie mir gütigst für ein Vierteljahr auszahlen ließen, nur bis zu dem Tage, an dem ich wirklich bei Ihnen tätig war. Sie müssen es verzeihen, wenn ich zu stolz bin, um eine Wohltat von Ihnen entgegenzunehmen."

Nun wagte sie zum ersten Male die Augen aufzuschlagen und sah Weltner flehend an.

Sie erschrak vor dem harten und hohnvollen Ausdruck seines Gesichts. Auch seine Stimme war voll kalten Hohns, als er jetzt hart sagte:

„Welch ein erstaunlicher Stolz, gnädige Frau! Sie werden begreifen, daß ich von Ihrer Zumutung, das Geld zurückzunehmen, keinen Gebrauch mache. Aber Sie werden auch begreifen, daß Ihr sogenannter ‚Stolz' heute auf mich keinen Eindruck mehr macht. Hätten Sie mir das Geld gestern zugestellt, so wäre es etwas anderes gewesen. Dann hätte ich diese Geste hoch schätzen können, selbst wenn ich die Annahme des Geldes verweigert hätte. Nun Sie aber wissen, daß Sie durch die glückliche Wendung der südamerikanischen Angelegenheit bedeutende Geldmittel zu erwarten haben — nun kann ich in Ihrem Verhalten nichts anderes mehr sehen als eine wohlberechnete Komödie."

Mit einem Wehlaut war Edith Bernheim aufgefahren:

„Das geht zu weit!" flüsterte sie mühsam. „Was für eine Wendung? Ich habe keinerlei Nachricht erhalten. Ich bin vollkommen ahnungslos!"

„Bemühen Sie sich nicht, gnädige Frau!" sagte Weltner, und seine Stimme zitterte vor Zorn. „Sie sind heute wahrscheinlich genau so ahnungs- und harmlos wie damals, als Sie sich in meinem Arbeitszimmer ein Stelldichein mit einem Manne gaben. Aber nun haben Sie es ja nicht mehr nötig, die arme Sekretärin zu spielen. Nun werden Sie ja als reiche Erbin sich öffentlich zu Ihrem Geliebten bekennen können. Ich gratuliere Ihnen schon heute dazu. Und nun —", er nahm die Geldscheine mit einem harten Griff, knüllte sie zusammen und steckte sie in die kleine Handtasche, die Edith geöffnet auf dem Tische hatte liegen lassen — „darf ich unsere Unterredung wohl als beendet betrachten. Wegen der Weiterführung Ihrer geschäftlichen Angelegenheit wollen Sie sich bitte an meinen Sozius wenden. Ich selbst muß es ablehnen, mich weiter damit zu befassen."

Er stand auf, ging mit ein paar Schritten an Edith Bernheim vorbei und öffnete die Tür zur Diele:

„Ich habe die Ehre, gnädige Frau, mich von Ihnen zu verabschieden."

Edith Bernheim sah Weltner mit weit geöffneten Augen an. Dann zuckte sie müde die Schultern und ging an ihm vorbei und hinaus.

Leise schloß Robert Weltner die Tür seines Arbeitszimmers. Ein stöhnender Laut kam aus seinem Munde. Er ballte die Fäuste, wie um sich selbst zur Ruhe zu zwingen. Dann öffnete er die Tür zu dem Zimmer, in dem der Kanzlist wartete, und sagte heiser:

„Kommen Sie, Herr Lange, wir arbeiten weiter."

* * *

Im Korridor vor der geschlossenen Tür lehnte Edith. Sie war nicht imstande, die Treppe hinunterzugehen. Es war, als hätte sie einen Schlag auf den Kopf bekommen. Was waren das für ungeheuerliche Beschuldigungen, die Weltner ihr ins Gesicht geschleudert hatte! Er hatte von einem Briefe gesprochen, in dem man ihr von einer Wendung ihres Lebens Mitteilung gemacht hatte. Sie hatte diesen Brief noch nicht erhalten. Aber darum ging es jetzt nicht. Es ging auch nicht um Weltners Verdacht, daß sie mit der Rückgabe des Geldes eine Komödie aufgeführt habe.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg